

Die Struktur unserer Landwirtschaft hat sich bei allem Für und Wider in 40 Jahren historisch entwickelt. Es gibt zumindestens bisher sehr wenig Genossenschaftsbauern, die sich zur Gründung eines bäuerlichen Betriebes entschließen. Also müssen und werden wir andere Strukturen der Landwirtschaft, vorrangig in Form von Produktivgenossenschaften und landwirtschaftlicher Güter unter Verantwortung der Länder, kommunaler Körperschaften und der Wissenschaft, in die deutsche Einheit einbringen als sie in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sind.

Uns ist bekannt, daß bei Politikern und Bauernverbandsmitgliedern der BRD dagegen Vorbehalte bestehen. Aber warum eigentlich sträubt man sich gegen Produktivgenossenschaften nach dem Genossenschaftsrecht der BRD? Ist es etwa die Furcht vor der Konkurrenz?

Auch in der Landwirtschaft der BRD vollzieht sich bekanntlich ein ständiger Prozeß der Vergrößerung der Betriebe. Wir meinen, bei entsprechender rechtlicher Ausgestaltung und nach einem Anpassungsprozeß können Familienbetriebe und Genossenschaften gleichberechtigt nebeneinander bestehen und im Wettbewerb miteinander konkurrieren. Sicher ist das für beide Produktionsformen zum Vorteil. Auch in anderen EG-Ländern - ich denke hier besonders an Spanien und Frankreich - bestehen und arbeiten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen solche Produktivgenossenschaften.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: -Selbst wenn wir davon ausgehen, im zweiten Halbjahr 1990 steuerliche Sonderregelungen für die Landwirtschaft geltend zu machen, werden zu Beginn des nächsten Jahres die finanziellen Belastungen der Betriebe aber auch der Genossenschaftsmitglieder nicht zu unterschätzen sein. Zu zahlen sind auf jeden Fall Umsatz- und Vermögenssteuer für Betriebe sowie Grund- und Einkommenssteuer und bedeutend höhere Beträge für die Sozialversicherung durch die Mitglieder der Genossenschaften.

Ich will hier keinesfalls Ängste erzeugen, sondern deutlich machen, daß damit natürlich, mit den höheren Sozialabgaben der Bauern, auch bessere soziale Leistungen für die Bauern verbunden sind. Die Genossenschaftsmitglieder werden - und das ist zu ihrem Vorteil - höhere Renten erhalten und auch gegen Arbeitslosigkeit versichert sein.

Bei der Vermögenssteuer wird voraussichtlich von einem Freibetrag von 70 000 Mark ausgegangen werden können.

Zusammenfassend möchte ich im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzespaket folgende Probleme und Forderungen deutlich machen:

Erstens: Anwendung gleicher steuerrechtlicher Regelungen für die Landwirtschaftsbetriebe der DDR wie in der BRD zur Sicherung der Chancengleichheit.

Zweitens: Dazu als Voraussetzung Gewährung einer Frist zur Umbildung der LPG in eingetragene Genossenschaften nach dem Genossenschaftsrecht der BRD sowie die Umbildung der volkseigenen Güter in Betriebe der Länder, kommunaler Körperschaften oder Lehr- und Versuchsgüter. Diese Umstellung ist nicht kurzfristig möglich, da damit in den meisten Fällen erhebliche Strukturveränderungen verbunden sein müssen.

Drittens braucht die Landwirtschaft für diese Strukturanpassung und für den erforderlichen Anpassungs- und Angleichungsprozeß an die Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft Unterstützungsmittel für die nächsten Jahre. Da auf Grund der Steuergesetzgebung für die Landwirtschaft kaum Unterstützung über entsprechende Steuererleichterungen möglich sein wird, muß über Finanzhilfen unterstützt werden. Wir sind der Auffassung, daß dazu die im Finanzrahmen des Agrarhaushaltes des Staatsvertrages zwischen der BRD und der DDR festgelegten Mittel nicht ausreichen werden. Für das zweite Halbjahr sind es gut drei Milliarden DM, wobei dazu noch die Forst- und Fischwirtschaft gehört. Wir sind der Meinung, daß dazu weitere Überlegungen erforderlich sind.

Unter Berücksichtigung dieser genannten Probleme stimmt die Fraktion DBD/DFD den vorgeschlagenen steuerrechtlichen Regelungen und der Überweisung an die Ausschüsse zu.

(Beifall, vor allem bei DBD/DFD)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :**

Minister Romberg hat angekündigt, daß Herr Staatssekretär Maaßen die Aussprache durch einige zusätzliche Informationen werde abschließen können. Falls er hier im Raume ist, könnte er jetzt das Wort ergreifen. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

#### **Maaßen, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zu einigen ausgewählten Punkten, die hier in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, einige Bemerkungen machen und sozusagen den Auftrag meines Ministers hier vor dem Parlament erfüllen.

Erster Punkt: Natürlich, verehrte Abgeordnete, ist dieses umfangreiche - und das ist ja in der Debatte mehrfach skizziert worden - Paket von neuen Steuerregelungen für jeden, der damit befaßt ist, keine leichte Sache. Und ich stimme völlig mit den Vorschlägen und Auffassungen überein, daß es notwendig ist - zum Teil haben diese Maßnahmen schon begonnen -, ein umfassen des System von Schulungen, Informationen, Ausbildungen vorzunehmen, und zwar in folgenden Stufen:

1. für die Mitarbeiter in den Finanzämtern oder in den noch zu bildenden Finanzämtern,
2. für die Kaufleute und verantwortlichen Mitarbeiter in den Unternehmen und
3. natürlich bei den steuerberatenden Berufen.

Herr Minister Dr. Romberg hat schon darüber informiert, daß ein umfangreiches Informationsmaterial vorbereitet ist, das sich zum Teil schon im Druck befindet, wo vorbehaltlich der heutigen Diskussion die Imprimatur durchgeführt und das dann schon in der nächsten Woche zur Verfügung stehen wird. Es wird weiter daran gearbeitet - das ist auch das Vorhaben der Regierung aus diesen speziellen Regelungen, die für die Unternehmer und für die Kaufleute in den Unternehmen und für die Steuerberater Bedeutung haben, Informationsblätter und Informationen herauszugeben und weitere Möglichkeiten in den Medien zu nutzen, sofern es für die Bevölkerung generell von Bedeutung ist.

Ein spezielles Wort zu den Steuerberatern. Wir hatten ursprünglich, etwa Ende des Jahres, noch rund 300 Helfer in Steuerersachen, wie wir es damals nannten. In der Zwischenzeit sind fast 1000 Zulassungen damals noch durch die Räte der Kreise, inzwischen durch die Landratsämter und die staatlichen Organe in den Großstädten, ausgesprochen worden. Wir haben inzwischen für die DDR auch einen eigenen Steuerberaterverband gegründet. In diesen Steuerberaterverband - auch das spielte in der Diskussion eine Rolle - sind auch die Mitarbeiter der früheren volkseigenen Betriebe für Rechnungsführung und Wirtschaftsberatung in Beratergesellschaften eingegangen, und es ist hier vorgesehen, daß unmittelbar im Anschluß an diese Debatte heute und an die weiteren Debatten, die in den Ausschüssen zu führen sind, umfangreiche Hilfe für die Kaufleute in Gang gesetzt wird.

Und es gibt auch mit den Unternehmerverbänden, mit den Handwerkskammern, mit den Industrie- und Handelskammern Übereinstimmung, daß hier weitere Informationen zu geben sind.

Vielleicht ein kurzes Wort, wenn ich das darf, zum Stand der Bildung der Finanzämter. Die letzte Abstimmung, nunmehr auch mit den Bezirksverwaltungsbehörden und den Regierungsbeauftragten, hat ergeben, daß wir im Begriff sind, in der Größenordnung etwa zwischen 119 und 122 Finanzämter zu bilden. Dafür laufen mit Unterstützung des Bundesministeriums der Finanzen und der Oberfinanzdirektionen der einzelnen Bundesländer umfangreiche Schulungen, und ich bin durchaus